

FORUM

Zuerst kommen die Interessen der Bevölkerung

Zum Interview «Ich bin für eine bürgerliche Mehrheit» mit Stadtrat Karl Kobelt, Ausgabe vom 29. August

Die Frage des Interviewers, ob es in Zug einen bürgerlich dominierten Stadtrat braucht, beantwortet Herr Kobelt wie folgt: «Ja. Eine bürgerliche Mehrheit im Stadtrat wird die Interessen von Gewerbe und Wirtschaft stärker in den Vordergrund rücken. Das ist richtig.»

Diese Haltung der Höhergewichtung der Interessen der Wirtschaft gegenüber den Interessen der Bevölkerung ist für jeden gewählten Politiker grotesk. Stadtrat Kobelt hat den Auftrag, zuerst die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Sofern für die Wahrung derselben die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt werden können oder müssen, darf dies geschehen. In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass die Interessen der Wirtschaft in den letzten Jahren in Zug bereits übergewichtet wurden. Mit seiner Haltung ist Herr Kobelt für mich auf jeden Fall nicht mehr wählbar.

CARLO LUSSER, ZUG

Zug braucht keinen neuen eigenen Ökihof

«Ökihof wird wohl zügeln», Ausgabe vom 2. September

Wie in dieser Zeitung beschrieben, wird der Ökihof zügeln, weil der bisherige Standort Güterbahnhof wohl zukünftig nicht mehr in Frage kommt. Der Stadtrat will dafür neu ein Grundstück von 6000 Quadratmetern beanspruchen. Dazu einige Gedanken:

Der heutige Zuger Ökihof liegt beim Güterbahnhof am nördlichen Stadtrand Richtung Baar. Der Baarer Ökihof steht an der Altgasse in einer Halle am südlichen Stadtrand von Baar. Die Distanz zwischen beiden Standorten beträgt ungefähr zwei Kilometer. Es liegt auf der Hand, zukünftig nur noch einen Standort «Zug-Baar» zu betreiben. Die beiden Gemeinden sind ja bereits zusammengewachsen. Die Organisation der Öki-

höfe ist mit dem Zeba (Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen) kantonal geregelt. Jeder Zuger kann schon heute jeden Ökihof im Kanton anfahren und seinen Abfall entsorgen. Wieso muss jede Gemeinde einen eigenen Standort betreiben? Zudem ist der Standort Baar für viele Zuger einfacher erreichbar als derjenige beim Güterbahnhof in Zug (Nordstrasse auf dem Weg zur Autobahnauffahrt). Der Ökihof Baar ist auch logistisch viel besser eingerichtet als derjenige von Zug. Er wird zudem privat - und wahrscheinlich auch mit minimalem Personalaufwand - betrieben. Man fährt in eine Halle und kann gleich links und rechts seinen Abfall abgeben. Das mühsame Parkieren mit Parkplatzsuche wie in Zug und das Tragen des Abfalls zum richtigen Container, zum

Teil über Treppen und grössere Distanzen, entfallen. Brockenstube und Ökihof müssen auch nicht zwingend am selben Standort betrieben werden. Die Brockenstube wird durch einen privaten Verein betrieben. Das Sammeln und Wiederverkaufen von noch Brauchbarem ist auch keine öffentliche Aufgabe. Dem Zuger Stadtrat wird daher empfohlen, eine gemeindeübergreifende Variante «Ökihof Zug-Baar» zu prüfen. Damit können 6000 Quadratmeter Land sowie Personalkosten gespart werden. Das wäre doch auch ein konkretes Wahlkampfthema für neue Stadträte! Den Einwohnern von Zug wird empfohlen, schon bald einmal versuchsweise den Baarer Ökihof aufzusuchen, um dabei zu erfahren, wie man dort den Abfall stressfrei abgeben kann.

HEINZ GROSS, ZUG

Schon wieder ein Marschhalt?

Zu den geplanten Balkonen am Casino

Unter Bauchef André Wicki häufen sich die Marschhalte in auffälliger Weise. Zuerst der von ihm verlangte Marschhalt beim Altstadtreglement. Es wurde von einer Arbeitsgruppe unter Einbezug der Nachbarschaften der Altstadt erarbeitet und von der zuständigen Bau- und Planungskommission nach vielen Sitzungen, Streitgesprächen und wohlüberlegten Präzisierungen mit grosser Mehrheit beschlossen und verabschiedet. Trotzdem soll es nun dem GGR nicht vorgelegt werden. Demokratische Spielregeln werden so willkürlich und eigenmächtig ausgebremsst. Warum wohl? Auf welche Hintenherum-Kreise will oder muss Wicki Rücksicht nehmen? Dass ihm der Stadtrat dabei folgen will, macht die Sache auch nicht besser.

Und nun auch noch diese unsägliche, schon mehrmals verpatzte Casino-Geschichte. Dass der Stadtrat den Bauchef in seiner Pressemitteilung in Schutz

nimmt und von Transparenz und juristischer Korrektheit spricht, ist vor allem der Kollegialität zuzuschreiben und viel weniger dem Offenlegen der Wahrheit. Bauchef Wicki kann es zusammen mit seiner Departements-Juristin drehen und wenden, wie er will - Fakt ist, dass die fraglichen zehn Balkone, deren Gebrauchswert sehr in Frage zu stellen ist, am GGR und am Stimmvolk vorbeigeschummelt werden sollten. Wie sonst ist zu erklären, dass für diese massive Veränderung der Fassade keine Bauprofile erstellt worden sind, während zum Beispiel am Pfrundhaus Frauensteinmatt eine klitzekleine, harmlose Dachlukarne profiliert werden musste? Mit wie vielen Ellen wird im Baudepartement gemessen?

Auch der Stadtrat wurde getäuscht, als er die Baubewilligung erteilte. Das Bauvorhaben ist gemäss Baugesuch wie folgt umschrieben: «Umbauten, Aussen-treppe Nord- und Südseite, Windfang-erweiterung Ostseite, neuer Windfang

Südseite, Fassaden- und Fensterrenovation.» Renovation der Fassaden und Fenster - o. k., so wie bestellt. Einen Hinweis auf die zehn auskragenden Balkone sucht man vergebens. Wie bestätigt worden ist, wurde die Baubewilligung (mangels Einsprachen) als unproblematisches, nicht weiter zu diskutierendes Geschäft vorgelegt. Im Vertrauen darauf wurde die Bewilligung beschlossen. Der Stadtrat wird dem Kollegen in Zukunft besser auf die Finger schauen müssen, um nicht erneut selber in ein schiefes Licht zu geraten.

Im Baudepartement wird das Recht je nach Interessenlage gewisser Kreise so oder anders oder, wie bei der Parktower-Fassade, gar nicht angewendet. Und nun also, nachdem ihm wachsame Bürgerinnen und Bürger auf die Schliche gekommen sind, wieder ein Marschhalt. Darf man die Zukunft unserer Stadt in solche Hände legen?

URS E. MEIER, MITGLIED GGR, OBERWIL

Der Stadt Zug Sorge tragen?

Zum Wahlkampf des Komitees BS14

Der Präsident von BS14 gibt im neusten Versand die klare Parole durch: «CVP, FDP und SVP sollen geschlossen das BS14-Dreamteam wählen.» Und auf der Rückseite ist eine ebenso klare Wahlenleitung: ein Wahlzettel, auf dem fein säuberlich alle fünf bürgerlichen BS14-Männer aufgeschrieben sind. Wir haben nämlich Majorz - da müssen wir unsere Wunschkandidaten von Hand auf den Wahlzettel schreiben. Wunschkandidatinnen gibts bei BS14 ja keine ...

Die Reaktion auf unser Flugblatt («Wollen Sie wirklich fünf bürgerliche Männer im Stadtrat?») ist eindeutig: Sehr viele Stadtzugerinnen und Stadtzuger haben die Nase voll von der BS14-Propagandaflut und der An-massung, zwei Bisherige - darunter die einzige Frau -, die beide ihre Arbeit anerkanntermassen gut gemacht haben, aus dem Stadtrat zu kippen. Dabei würden mehr als 40 Prozent der Stimmbürgerschaft von der Stadtzuger Regierung ausgeschlossen - im neuen Majorzwahl-system ist das leider möglich. Und darauf spekuliert BS14.

Bisher konnte auch niemand schlüssig erklären, was denn am aktuellen Stadtrat so schlecht sei. Einen zerstrittenen Stadtrat hatten wir hingegen bis vor vier Jahren. Grund zur Sorge gibt aber etwas anderes: Die Granden hinter BS14 würden ihre Interessen einfordern bei einem «bürgerlichen BS14-Stadtrat». Kein Wunder, weigert sich BS14 beharrlich, zu sagen, woher das viele Geld kommt.

Sorge zur Stadt Zug tragen - ja bitte, unbedingt! Aber effektiv, nicht nur mit Slogans.

MARTIN STUBER, ZUG

Bauernverband unterstützt SVP-Kandidaten

Zu den Wahlen im Kanton Zug

Der grösste Anteil der vom Zuger Bauernverband unterstützten Kandidaten gehört der SVP an. Es sind dies die Landwirte Franz Blaser aus Risch und Niklaus Elsener aus Menzingen sowie Michael Riboni aus Baar, der als Jurist für den Schweizerischen Bauernverband arbeitet. Als Zuger Nationalrat freut es mich sehr, zu sehen, dass die landwirtschafts-freundliche Politik der SVP auch im Kanton Zug honoriert wird. Die SVP setzt sich für eine eigenständige Landwirtschaftspolitik und eine höhere Ernährungssouveränität ein. Sie engagiert sich dafür, dass Leistungen, welche die Landwirtschaft für die Allgemeinheit erbringt, abgegolten werden.

Zudem bilden die Schweizer Bauernfamilien eine wichtige Basis für freiheitliches Denken, unternehmerisches Handeln, familiäres Zusammenarbeiten sowie für die Pflege unseres ländlichen Kulturgutes. Unterstützen Sie die Zuger Bauern, und schreiben Sie in Baar Michael Riboni, in Menzingen Niklaus Elsener und in Risch Franz Blaser doppelt auf Ihre Wahl-liste!

THOMAS AESCHI, NATIONALRAT, BAAR



Die liebevolle Mutter und ihr verwöhnter Spatz

Unser Leser schreibt zu seinem Schnappschuss: «In einer Gartenwirtschaft konnte ich beobachten, wie ein Spatz,

obwohl schon flügge, sich von seiner Mutter füttern liess. Gartenwirtschaft eben!»

Leserbild Franz Glanzmann, Baar

Diese Initiative will einen unhaltbaren Zustand ändern

Zur Abstimmung über die Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes» vom 28. September

Seit der Einführung der Mehrwertsteuer im Jahr 1995 werden das Gastgewerbe und damit auch die täglich rund 2,5 Millionen Menschen, die sich im Gastgewerbe verpflegen, diskriminiert. 1995 wurde ein Besuch in einem Restaurant als Luxus eingestuft, womit eine Besteuerung durch die Mehrwert-

steuer gerechtfertigt wurde. Ein Besuch in einem Restaurant ist aufgrund der zunehmenden Mobilität längst kein Luxusereignis mehr, sondern oftmals absolute Notwendigkeit, damit sich Arbeiter und Angestellte verpflegen können. Täglich verpflegen sich rund 2,5 Millionen Menschen im Gastgewerbe. Sie alle werden vom Staat mehrwertsteuerlich diskriminiert. Die Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!» beendet diesen unhaltbaren Zustand und kommt damit allen Menschen in unse-

rem Lande zugute. Stimmen Sie deshalb am 28. September Ja!

KUNO TREVISAN, VIZEPRÄSIDENT GASTRO ZUG IM NAMEN DES GESAMTVORSTANDS

Schade, dass die Gegner der Initiative dem Stimmvolk mit Unwahrheiten Angst machen. Darum will ich hier etwas klarstellen. Die Aussage auf den Plakaten «Zuhause teurer essen?» ist schlicht gelogen. Gastrosuisse will nur den gleichen Steuersatz für die gleichen Produkte von Gastronomie und Take-

aways. Mit den Lebensmitteln im Laden wie Brot, Butter, Fleisch etc. hat dies nichts zu tun!

Die Aussage von Bundesrätin Widmer-Schlumpf, dass der Bund bei einer Annahme der Initiative Steuerausfälle von 700 Millionen Franken hinnehmen müsste und man dann die Mehrwertsteuer auf alle Lebensmittel erhöhen müsste, ist gelogen. Gastrosuisse hat nie verlangt, dass sie nur noch 2,5 Prozent Mehrwertsteuer zahlen wollen. Nein; Gastrosuisse will einfach den gleichen Steuersatz wie Produkte von Take-aways.

Somit wäre es für unseren Bundesrat ja einfach, sich hinzusetzen, die Steuererträge von Take-aways und Gastronomie zusammenzuzählen und zu berechnen, wo der neue einheitliche Steuersatz anzusetzen ist, damit es keine Steuerausfälle gibt! Sollte der Bundesrat den Steuersatz von 2,5 Prozent für Grundnahrungsmittel nach einer Annahme der Initiative erhöhen wollen, wird Gastrosuisse dagegen Rekurs einreichen. Denn dies ist und war nie die Idee unseres Volksinitiativ! GUIDO SCHNEIDER, GASTHAUS ZUM RÖSSLI, OBERÄGERI